

# Pressemitteilung

Nr. 65/18 vom 23.10.2018

Anzahl der Anschläge: 3.599

Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)



## Wohnungswirtschaft fordert beim Flüchtlingsgipfel mehr Engagement der Bundesregierung beim Thema Integration

**Berlin** – "Die Wohnungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen – und befindet sich vielerorts schon mittendrin", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW beim Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin heute in Berlin. "Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeutet nicht nur, sich für Stadt und Land einzusetzen, sondern auch, stabile Nachbarschaften in den eigenen Wohnquartieren zu schaffen, zu erhalten und zu unterstützen." Besonders in den Ballungsregionen nimmt der Konkurrenzdruck um den bezahlbaren Wohnraum zu. Angesichts der weiterhin hohen Zuwanderungszahlen steigen auch die Anforderungen an die Integration. Der GdW appelliert daher an die Bundesregierung, die verstärkten Aufgaben im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration durch eine passgenaue Förderung zu stärken, die auch Wohnungsunternehmen in Anspruch nehmen können.

Die Wohnungswirtschaft engagiert sich für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland. Die Unternehmen sind ebenso wichtige Partner der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Aber das stellt sie auch vor Probleme: Aufgrund der besonderen Bestimmungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen haben einige Unternehmen bei den bereitgestellten Flüchtlingswohnungen mit Leerständen zu kämpfen. Je nach Umfang der angebotenen Wohnungen führt das zu erheblichen Mehrkosten, und dies gerade auch in den Regionen außerhalb der Metropolen. "Das schränkt den Handlungsspielraum für das notwendige Sozialmanagement und die Quartiersarbeit weiter ein", so Gedaschko.

Eine aktuelle Befragung des GdW bei seinen Gremienmitgliedern hat ergeben, dass derzeit 73 Prozent der Befragten zur Unterbringung von Flüchtlingen Wohnungen im eigenen Bestand anbieten. Fast 20 Prozent geben an, dass sie als Wohnungsunternehmen selber Wohnungen zur Unterbringung gebaut haben. Rund 6 Prozent der Unternehmen zeigen auf, dass in ihrer Region weiterhin Flüchtlinge in Notunterkünften untergebracht sind. Rund 76 Prozent der Wohnungsunternehmen geben an, dass vor Ort weiterhin eine Unterbringung in zentralen Gemeinschaftsunterkünften stattfindet.

### Integration: Wohnquartiere als Spiegel der Gesellschaft

Das Thema der Integration müsse ebenfalls verstärkt in den Vordergrund des politischen Handelns gerückt werden, so Gedaschko. "Gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte spiegeln sich als allererstes in den Wohnquartieren unserer Unternehmen wider. Gute funktionierende Nachbarschaften sind unverzichtbar für den Frieden in unserer Zivilgesellschaft", erklärte der GdW-Chef mit Nachdruck.

Die Wohnungswirtschaft bekennt sich klar zu Toleranz, Respekt, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Vielfalt. Seit vielen Jahren arbeiten die Wohnungsunternehmen weit über ihr eigentliches Geschäftsfeld hinaus und engagieren sich für den Zusammenhalt in den Wohnquartieren. Aber besondere Herausforderungen erfordern besondere Maßnahmen. Laut der Gremienbefragung sprechen sich 65 Prozent der befragten Wohnungsunternehmen dafür aus, die Integrationsarbeit von Wohnungsunternehmen über eine passgenaue Förderung zu stärken. 62 Prozent gaben zu bedenken, dass die aktuellen Förderprogramme von Bund und Ländern für die Integrationsarbeit der Wohnungswirtschaft häufig gar nicht zur Verfügung stehen und diese daher dringend geöffnet werden müssten. Knapp über 62 Prozent halten eine Sanierung und Qualifizierung von Schulen, Kitas und sonstigen Bildungseinrichtungen für wichtig. 59 Prozent fordern bessere Bedingungen für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland.

Der GdW appelliert an die Bundesregierung, die steigenden Anforderungen an die Wohnquartiere ernst zu nehmen und gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft Lösungen zu erarbeiten, damit die Quartiere auch in Zukunft ein gutes und sicheres Zuhause für alle Menschen in Deutschland garantieren können.

- 50 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.